

Pressemitteilung

30. April 2017

Tag der Arbeit

Eins ist sicher: die Deutschen wollen keine Rentengeschenke auf Kosten der Jüngeren

Berlin – Die Deutschen wollen, dass es fair zwischen den Generationen zugeht. In einer repräsentativen Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut **Kantar EMNID** die Wahlberechtigten zum Thema Generationengerechtigkeit befragt. Auf die Frage "Wie wichtig ist Ihnen Generationengerechtigkeit, also dass die jüngere Generation nicht auf Kosten der älteren Generation lebt und umgekehrt?" antworteten 65 Prozent, dass ihnen das wichtig bis sehr wichtig ist (Anteilssumme der Werte 8 - 10 auf einer Skala von 0 "überhaupt nicht wichtig" bis 10 "sehr wichtig").

In der gleichen Umfrage, die im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) durchgeführt wurde, waren 67 Prozent der Befragten der Meinung, dass die heutigen Beitragszahler bereits stärker belastet würden, als früher die heutigen Rentner. Politische Forderungen nach zusätzlichen Rentenerhöhungen, die unweigerlich zu Beitragssteigerungen führen, können somit keine Mehrheit finden.

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM: "Die Forderung der Gewerkschaften und einzelner Politiker nach weiteren Rentengeschenken, gehen klar auf Kosten der Beschäftigten. Das ist nicht gerecht und das wissen die Wählerinnen und Wähler. Auch ohne Herumbasteln an der Rentenformel werden die Renten dank der guten Arbeitsmarktlage in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen. Wer für stabile und gute Renten sorgen will, muss sich für gute Arbeit stark machen und den Standort Deutschland fit halten. Steigende Rentenbeiträge bewirken das Gegenteil. Gerecht geht nur mit Marktwirtschaft."

Das Anzeigenmotiv der INSM zum 1. Mai finden Sie in der heutigen Bild am Sonntag und unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.